

Herborner Tageblatt.

Zeitung für Dillkreis und Westerwald. Amtsblatt der Stadt Herborn.

Erscheint an jedem Werktage.
Bezugspreis: Vierteljahr 3,- M.
ohne Bringerlohn.

Druck und Verlag
J. M. Bed'sche Buchdruckerei
Otto Bed.

Inserate: Kleine Pettizeile 20 Pfg.
Fernruf: Nr. 20.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 17518.

Nr. 280.

Freitag, den 29. November 1918.

75. Jahrgang.

München gegen Berlin.

Abbruch des Verkehrs mit dem Auswärtigen Amt.
München, 27. November.

Die seit einigen Tagen, namentlich seit den bayerischen Veröffentlichungen zutage getretene Abneigung gegen das Berliner Auswärtige Amt und dessen Leiter Dr. Solf haben zu einem außergewöhnlichen Schritt der bayerischen Regierung geführt. Die amtliche Münchener Korrespondenz Hoffmann meldet:

Vom Ministerium des Auswärtigen wurde nachstehendes Telegramm gestern Abend an den bayerischen Gesandten in Berlin zur Übermittlung an das Auswärtige Amt gefandt: Die neuerlichen Versuche, die alten Methoden des Auswärtigen Amtes fortzusetzen, um das deutsche Volk erneut um die Erkenntnis der Wahrheit zu betrügen, veranlassen das Ministerium des Auswärtigen des Volksstaates Bayern, jeden Verkehr mit den gegenwärtigen Vertretern des Auswärtigen Amtes abzulehnen. Kurt Eisner.

Auf der Berliner Reichskonferenz unternahm Eisner, gleichzeitig bayerischer Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen, schon einen scharfen Vorstoß gegen Dr. Solf. Der Einspruch des Auswärtigen Amtes in Berlin gegen die Eisnerschen Entwürfe haben ihn zu seiner offenen Kampfansage geführt.

Die Gefährdung der Reichseinheit.

Nach Meldungen aus Holland wird für einen selbständigen deutschen Staat im Westen von der Entente lebhaft Stimmung gemacht. In diesen Meldungen heißt es weiter: Wenn Berlin diesen Umständen nicht Rechnung trägt, wird man bald vor unumwiderrücklichen Ereignissen stehen. Aus der neuen Lansingnote kann man herauslesen, daß eine Förderung bolschewistischer Grundzüge nur zur Erhöhung des Glanzes im deutschen Volke beitragen kann. Ihren Bedingungen kann Deutschland nur nachkommen, wenn der Zentralausschuß in Berlin mit den anderen Reichsteilen sich zur gemeinsamen Arbeit zusammenschließt.

Die Überflutung.

Hemmungslos, wie ein entfesselter Strom, ergießen sich die Nachmittage der Entente über die von ihr bisher verschont gebliebene Welt. Konstantinopel, die Dardanellen liegen offen zu ihren Füßen, das Schwarze Meer mit Batum und Sebastopol ist in englischer Hand, Odessa, Riew wimmeln von westmächtlchen Besatzern, und die Ukraine trifft danach schon Vorbereitungen, sich wieder mit Groß-Rußland zu vereinigen. Dieses selbst aber hält den Atem an: schlägt endlich die Stunde der Erlösung von dem Terror der Bolschewisten? Kommt die Befreiung von außen, da das russische Volk aus eigener Kraft dieses noch nicht abschütteln konnte? Fast sieht es so aus, als wollten die Sieger im Weltkrieg sich ungekämmt ans Werk machen. Im russischen Süden haben sie bereits ein operationsfähiges Heer aufmarschieren lassen, und im Norden sollen britische Kriegsschiffe nach Reval unterwegs sein, von wo aus ein unmittelbarer Druck gegen Petersburg sich verhältnismäßig leicht ansetzen ließe. Der russische Winter würde allerdings eine größere Aktion erschweren, aber der Bolschewismus braucht doch wohl nur einen leichten Stoß zu bekommen, um mit aller seiner Großartigkeits elendiglich zusammenzubrechen.

Aber weiter: die Rumänen stürzen nach Ungarn herein, aus dem Westen sie vor zwei Jahren verjagt hat. Nicht weniger als 26 Komitate nehmen sie für sich in Anspruch, und niemand ist da, der sie hindern könnte, wenn sie noch einmal so viele Bezirke einstecken wollten. Denn in Budapest regiert zwar im Augenblick Graf Karolyi, aber doch nur unter Aufsicht der Franzosen, die die Hauptstadt des Landes besetzt haben. Für die Neutralität des Ministerpräsidenten, der Ungarn nach seinem Ausscheiden aus dem Krieg und nach seinem Abfall vom Deutschen Reich als ein neutrales Land hinstellen und behandeln wissen wollte, hatte der französische Führer nur eine abweisende Handbewegung. Ihr seid ein besiegtes Land, und damit basta! So dürfen auch die Tschechoslowaken im Norden des ehemaligen Kaiserreiches schalten und walten, wie es ihnen beliebt, und das Kroatien, Dalmatien mitsamt Bosnien und der Herzegowina von den Serben mit bestem Appetit verschlungen werden, versteht sich von selbst. Was danach noch von dem einstmaligen stolzen Ungarland übrig bleibt, braucht wirklich weder für Rumänen noch für Serben, noch gar für die Russen ein Gegenstand der Sorge zu sein. Nicht besser geht es den Deutschen: die Italiener sind über den Brenner bis nach Innsbruck gezogen, das sie — natürlich! — nur vorläufig besetzt haben, und die Tschechen denken gar nicht daran, auch nur eine deutsche Stadt in Böhmen mit ihrer Herrschaft zu verschonen. Wie lange Wien noch auf feindliche Soldaten zu warten hat, wird in Versailles wohl auch bald entschieden werden: es sollen alle an die Reihe kommen, und man braucht jetzt nichts mehr zu überfluten.

Nur was Deutschland anbetrifft, scheinen die Franzosen es gar nicht erwarten zu können. Noch bevor die festgesetzten Termine überall abgelaufen sind, rücken sie in unser Land ein, in Maß-Bohringen nicht nur, das sie alsbald von jedem Verkehr mit der Außenwelt abgeschnitten haben, in die Pfalz, ins Rheinland, und wenn es nach ihnen, und nur nach ihnen ginge, würden ihre Reiter sich heute wohl schon gegen Berlin zu in Marsch setzen. Unterdessen treffen die Engländer ihre Vorbereitungen, um Wilhelmshaven und Kiel durch

Flottenabteilungen in Augenschein nehmen zu lassen — angeblich wollen sie sich nur davon überzeugen, ob wir auch die Bedingungen des Waffenstillstandsvertrages, soweit er sich auf unsere Küstenverteidigung bezieht, erfüllt haben; die bloße Auslieferung so ziemlich der ganzen deutschen Flotte genügt ihnen ja bekanntlich noch nicht. Und wenn sie es etwa für nötig halten sollten, in Deutschland Ordnung zu schaffen, so wären unsere ehemaligen Seefestungen als Stützpunkte für eine solche Expedition natürlich auch nicht zu verachten. Nur dürfen wir uns darüber von vornherein keiner Täuschung hingeben, daß wir dann zwar den Zeitpunkt der Ankunft britischer oder amerikanischer Streitkräfte mit Sicherheit bestimmen könnten, daß aber kein Mensch vorherzusehen vermöchte, wann wir diese fremde Invasion wieder los werden würden.

Wir müssen der Überflutung der ganzen Welt durch die Meerestanten der Alliierten ohnmächtig zuschauen. Aber wo bleiben die Freunde der Völkerverbrüderung in den feindlichen Ländern, die ehedem so laute Worte gegen den Siegerübermut fanden, wo die Neutralen, die so manchemal die Empfindlichkeit ihrer Nerven verrieten, wenn im Weltkrieg irgendeine militärische Operation ihnen unzulässig erschien?

Das Hauptquartier nach Berlin.

Gegenläufe zwischen Generalen und USA.

Berlin, 27. November.

Das Kabinett hat der Obersten Seeresleitung den Befehl gegeben, sich von Rassel nach Berlin zu verfügen. Es hat ferner die sofortige Absetzung des Generals Eberhardt verlangt.

Es handelt sich dabei um die bekannten Befehle dieses und anderer Generale, daß sich alle Dienststellen der von den betreffenden Armeen besetzten Gebiete ihnen unterzuordnen hätten. Zudem hatte General v. Eberhardt noch das Tragen roter Abzeichen verboten. In Berlin hofft man, daß die militärischen Dienststellen sich, getreu ihrer Zusicherung, dem Willen der Regierung beugen werden. Mehrfach ist es auch im Westen schon zu blutigen Zusammenstößen zwischen Soldaten dieser Heeresstelle und USA gekommen. Es werden alle Maßregeln gegen eine etwaige Gegenrevolution getroffen.

Arbeiterräte und Lohnbewegung.

Mahnung zur Mäßigung.

Berlin, 27. November.

In einer Versammlung der Arbeiterräte Groß-Berlins verbreitete sich Volksbeauftragter Barth über die augenblickliche Lage. Er sagte, man könne jetzt keine sozialistischen Experimente machen, es müsse vielmehr alles planmäßig, organisch und großartig ausgeführt werden. Auch sei die soziale Revolution keine große Lohnbewegung. Gewiß sollten auch die Lohnforderungen erfüllt werden, aber dazu sei die jetzige Zeit nicht geeignet. Vor allen Dingen gebrauchten wir jetzt Rohstoffe und Lebensmittel.

Das Schicksal Wilhelms II.

Strenge Überwachung von Kaiser und Kronprinz.

London, 27. November.

Ein Entente-Diplomat erklärt, daß Wilhelm II. nicht mehr in Holland bleiben könne. Über die Rückkehr beider nach Vordam braucht man sich nicht den Kopf zu zerbrechen. Auf jeden Fall werde man alles tun, um das zu verhindern. Der gewesene Kaiser und sein Sohn werden, gleichviel mit welchem Ziel, das Gebiet Hollands nicht ohne die Zustimmung der Alliierten verlassen. Das alte Deutschland kann aus seiner Asche nicht mehr ersehen. Alles ist vorgelesen worden.

Der Kaiser und der Kronprinz sind, so versichert dieser Diplomat weiter, gut verwahrt, es handelt sich nicht um Korku, auch nicht um Botikdam, doch werden die einlamen Spaziergänge in dem Park von Emmeringen nur einige Zeit dauern. Auch sind die Rechtsberater der englischen Krone aufgefordert worden, ein Rechtsgutachten über diese Angelegenheit abzugeben. Die holländische Presse äußert sich dahin, daß wegen einer Schuld am Kriege höchstens die deutsche, nicht aber eine andere Regierung die Auslieferung Wilhelms II. fordern könne.

Friedensmöglichkeit im Frühjahr 1918.

Wie in Diplomatenskreisen der Entente behauptet wird, wäre diese im Frühjahr 1918 bereit gewesen, in eine Friedensverörterung einzutreten mit verhältnismäßig günstigen Bedingungen für Deutschland. Dieses hätte Belgien räumen und zwei Drittel der Entschädigung zahlen müssen, während die Alliierten bereit waren, ein Drittel der Entschädigungssumme zu tragen. In Elsh-Bohringen hätte eine Volksabstimmung über dessen Zukunft zu entscheiden gehabt, wobei der Prozentfuß der seit 1870 ausgewanderten Bevölkerung zugunsten Frankreichs mit eingerechnet werden mußte. Serbien, Montenegro und Rumänien hätten sofort geräumt werden und eine Entschädigung seitens der Mittelmächte erhalten müssen, wobei noch die Alliierten zu einer prozentualen Beteiligung bereit waren. Die deutschen Kolonien sollten zurückgegeben werden. In diesem Augenblick sollte die Note des Grafen Burian erscheinen, durch die er die Kriegführenden zur Konferenz über die Friedensfrage einladen wollte. Das Hindernis für die Ausführung dieses Schrittes bildete Ludendorff, der den österreichisch-ungarischen Diplomaten antwortete: Laßt uns siegen! In seiner Umgebung äußerte sich Ludendorff, man müsse sich mit dem Friedensschritt sehr heilen, wenn man nicht zu spät kommen wolle. 24 Stunden später begann die deutsche Offensive.

Unser geordneter Rückmarsch.

Von dem Berichterstatter des amerikanischen Pressebüros bei einer amerikanischen Armee wird erzählt, daß die Deutschen, die große Vorräte an Lebensmitteln und Munition mit sich führten, durch das schnelle Zurückweichen der amerikanischen Abteilungen an der luxemburgisch-deutschen Grenze überrascht worden seien. Während die Deutschen auf dem einen Ufer des Flusses dahinzogen, konnten sie die Amerikaner auf dem anderen Ufer marschieren sehen. Darauf sandten sie einige Offiziere zurück, um die Amerikaner zu ersuchen, nicht so schnell vorzurücken, da es den Deutschen unmöglich sei, so rasch abzumarschieren, ohne in Unordnung zu geraten. Es blieb den Amerikanern nichts übrig, als ihre Bewegungen zu verlangsamen. Der Bericht schließt: Die allgemeine Ansicht des deutschen Armeekorps ist, die besetzten Gebiete ohne Tumult zu verlassen. Die Verwirrung im Transportwesen scheint zu Ende zu sein. Trotz der Niederlagen scheinen die Deutschen guter Dinge zu sein. Die abziehende Armee läßt wenig Ausrüstungsgegenstände zurück und singt auf dem Rückzug Marschlieder. Der allgemeine Eindruck herrscht, daß die Deutschen, obgleich geschlagen, doch nicht besiegelt seien. Ihre Haltung den Amerikanern gegenüber ist gutmütig. Nach allen Berichten gehorchen die Truppen trotz der revolutionären Gerüchte ihren Offizieren, und es ist wenig von Unordnung zu sehen.

Niesenfeuerwerk an der Front.

Aber die Aufnahme, die der Abbruch des Waffenstillstandes an der Front hervorrief, macht der amerikanische General Johnson, der ein Kommando an der nördlichen Front an der Spitze hatte, interessante Mitteilungen. Danach brannten die deutschen Truppen ihre sämtlichen Signalraketen ab, daß der nächtliche Himmel wie von einem Niesenfeuerwerk erleuchtet schien. Die Rundgebung wurde von Franzosen und Amerikanern beantwortet, und der nächtliche Himmel war mehr als eine Stunde lang taghell erleuchtet.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

➔ Zur Trennung von Kirche und Staat bemerkt das preussische Kultusministerium auf das Verbot des Reichs, wonach diese durch ein bloßes Dekret unverzüglich durchgeführt werden solle. Es sei die Gewährung dafür geboten, daß nichts geschehen werde ohne lokale Rücksichtnahme auf die berechtigten Interessen und Empfindungen der kirchlich denkenden Kreise des preussischen Volkes. Eine offizielle Mitteilung des Ministeriums werde nächster Tage erfolgen.

➔ Unsere Schadenersatzansprüche an Polen sind in Warschau angemeldet worden. Der dortige deutsche Gesandte ist nämlich beauftragt worden zu erklären, daß wir die polnische Regierung für die den Deutschen bei dem überstürzten und vielfach gewalttätig durchgeführten Abtransport an Privateigentum zugefügten Schäden, sowie auch für das zurückbehaltene Reichseigentum haftbar machen.

➔ Die sofortige Einsetzung eines Staatsgerichtshofes für das Reich fordert der bayerische Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat, und zwar zur Untersuchung und Aburteilung derjenigen Personen, die durch ihr verbrecherisches Treiben den Weltkrieg herbeigeführt sowie die Beendigung des Krieges durch einen Verständigungsfrieden vereitelt und somit den Zusammenbruch Deutschlands verschuldet haben. Ferner verlangt er strenge Bestrafung aller jener, die auf betrügerische Weise sich während des Krieges bereichert haben.

➔ Nach verschiedenen Meldungen aus dem Ausland wird mit der Teilnahme von wenigstens fünfshundert amtlichen Persönlichkeiten am Friedenskongress gerechnet. Die Zahl der Teilnehmer ohne direkten Auftrag dürfte nach den Vorbereitungen, wenigstens das Dreifache betragen. In Pariser Kreisen, die am Fremdenverkehr interessiert sind, wird insbesondere mit einem starken Zutrom aus den Vereinigten Staaten gerechnet.

➔ Gegen die einseitige Zusammenziehung des Volksgesetzes in Berlin wendet sich der Soldatenrat der Ostarmee. Er verlangt: Den unverzüglichen Zusammentritt des Reichskongresses der USA und die sofortige Zulassung der von den geschlossenen Armeegruppen der Ost- und Westfront zu entsendenden Delegierten für die Entscheidung aller für das neue Deutschland grundsätzlichen und militärischen Fragen.

Osterreich.

➔ Aber die Vorgeschichte des Krieges will auch die österreichische Regierung ihre Akten veröffentlichen. Ferner wird erwogen, alle Personen unter Aufsicht zu stellen, deren Schuld am Ausbruch des Weltkrieges bereits festgestellt. So sollen die Grafen Verchtold und Czernin und mehrere Gesandte sowie hohe Beamte des Kriegsministeriums, die sich an Kriegslieferungen beteiligt haben, unter Aufsicht gestellt werden. Auch Erzherzog Karl sowie der Erzherzögen Friedrich, Eugen und Peter Ferdinand soll das gleiche Schicksal bevorstehen. Ferner dürften die Heerführer Ars, Hörsdörff, Dazai, Botiorek, Derowies, Frank, Dankl, Waldstätten, Burm und Brudermann unter Aufsicht gestellt werden.

Frankreich.

➔ Eine von 10 000 Arbeitern besuchte Generalversammlung des französischen Gewerkschaftsbundes wandte sich scharf gegen die Regierung Clemenceau, die nichts zur Lösung der Friedensfragen tue. Die Versammlung verlangte die Bildung der Gesellschaft der Nationen unter freier Mitwirkung aller Völker, den Verzicht auf den Wirtschaftskrieg, Freiheit der Meere, Schaffung einer

internationalen Behörde für das Transportwesen und für die Verteilung der Kohlen, Internationalisierung der Kolonien, keine Repressalien, keine Gebietsaneignungen, Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker.

Sinnland.

Der Vorsitzende des finnischen Landrats, Professor J. J. Anthon, konservativer Richtung, Monarchist, hat eine neue Regierung gebildet, bestehend aus sieben Monarchisten und sechs Republikanern. Im Kabinett sind keine Agrarier vertreten, die als Bedingung für ihren Eintritt in die Regierung republikanische Mehrheit verlangten. Die Opposition dieser Agrarier verspricht dem Kabinett keine lange Dauer, zumal die mächtigste Partei, die Sozialdemokratie, die Agrarier mit allen Kräften unterstützt.

Russland.

Berlin, 27. Nov. Das Mitglied des Volksrates Wala ist ausgeschieden. Die ihm erzielte Volksmacht, insbesondere die auf Gegenzeichnung der Erlasse des Kriegsministers, ist erloschen.

Berlin, 27. Nov. Der vor einiger Zeit gegründete Demokratische Volksbund teilt seine Auflösung mit. Die Regierung und fast sämtliche Parteien zur Nationalversammlung sind und somit die Weiterexistenz des Volksbundes überflüssig. Kurz nach seiner Begründung erhoben sich verschiedene Auseinandersetzungen in der Presse über Lösungsversuche u. dergl.

Berlin, 27. Nov. An Stelle des Volksschullehrers Kunert ist Frau Lehrerin Käthe Dunder als fachpädagogischer Beirat in das preussische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung berufen worden.

Strasbourg, 27. Nov. Marshall Bétain hielt, von General Castelnau begleitet, heute seinen feierlichen Einzug in Strasbourg an der Spitze der Armee Courant.

Saarbrücken, 27. Nov. Die französische Kommandantur hat angeordnet, daß alle roten Plakate sofort entfernt werden müßten. Die Hausbesitzer werden für die sofortige Entfernung verantwortlich gemacht.

Hamburg, 27. Nov. Die in Altona wohnenden Belgoländer, die seit Kriegsbeginn von der Insel fortgeschafft worden waren, haben Anweisung erhalten, in der nächsten Woche mit ihren Habegelegenheiten nach Belgoland zurückzuführen. Es handelt sich um 2000 Personen.

Wien, 27. Nov. Bei den von den polnischen Truppen in Lemberg entlassenen Judenweibchen sind 300 Personen gestötet worden. Dazu kommen viele hundert Verletzte, 10 000 Menschen sind obdachlos.

Juni 27. Nov. Die Italiener geben in Südtirol durch Maueranschlag bekannt, daß die Besetzung des Landes bis zum Reichsentscheid, zum Brenner und Toblach als endgültig anzusehen sei.

Bern, 27. Nov. An dem Plan eines demonstrativen Einzuges der okkupierten Truppen durch das Brandenburger Tor in Berlin wird nicht nur von französischer, sondern auch von englischer Seite unverändert festgehalten.

Basel, 27. Nov. Eine der ersten Maßnahmen der französischen Besatzungstruppen im Elsaß ist die Wiederherstellung des Verkehrs zwischen der Schweiz und Frankreich über Elzach-Lothringen gewesen.

Warschau, 27. Nov. Das Amtsblatt veröffentlicht einen Erlass wegen allgemeiner Einführung des ständigen Arbeitstages und des ständigen am Sonnabend.

Warschau, 27. Nov. Das Ministerium des Äußern hat die Nachrichten erhalten, daß die Sowjetregierung die polnische Vertretung in Moskau interniert, einen Teil der Beamten verhaftet und die Papiere beschlagnahmt hat.

London, 27. Nov. Botha und andere südafrikanische Staatsmänner sind nach England abgereist, um der Friedenskonferenz beizuwohnen.

Rotterdam, 27. Nov. Wie Reuter meldet, hat Staatssekretär Dr. Saks gebeten, die Frist für die Ablieferung der Lokomotiven usw. bis zum 1. Februar zu verlängern.

Paris, 27. Nov. Eine amtliche französische Verordnung verbietet die Einfuhr von deutschen Banknoten und deutschem Gelde in Frankreich.

Rom, 27. Nov. In der Kammer erklärte der Kriegsminister, daß die Zahl der österreichischen Kriegsgefangenen jetzt 700 000 überschreitet.

Vom Tage.

Vom Zentralrat der Marine.

Berlin, 27. Nov. Der 63 er Ausschuss der Marine hat heute folgenden einstimmigen Beschluß gefaßt und durch drei Mitglieder des Ausschusses dem Rat der Volksbeauftragten persönlich überreicht:

Der 63 er Ausschuss der Marine protestiert ganz energisch gegen die Maßnahmen der Generale, welche die AEM verhaften. Der Zentralrat der Marine fordert die Volksbeauftragten

Rote Rosen.

Roman von H. Courths-Mahler.

48. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Am Tage vor der Hochzeit trafen die Hochzeitsgäste von auswärts ein und mit ihnen auch der Brautigam.

Mit Graf Rainer kam auch Gräfin Gerlinde. Sie war ihm in den letzten Wochen als Freundin und Vertraute fast unentbehrlich geworden, weil sie es verstanden hatte, sich in sein ganzes Denken und Empfinden hineinzudringen. So wußte die Gräfin ganz genau, daß er mit großer Unruhe seiner Vereinigung mit Josta entgegen sah.

Auch Baron Rittberg mit seiner Gemahlin war unter den Hochzeitsgästen und Graf Rainer hatte sie gebeten, im Palais Ramberg Wohnung zu nehmen. Das hatten sie gern angenommen. Baron Rittberg sollte als Trauzeuge fungieren.

Die lebhafteste, muntere Baronin konnte die Zeit nicht erwarten, bis sie Josta kennen lernte. Das geschah am Vorabend der Hochzeit. Und die schönheitsdürstige Baronin war sofort Feuer und Flamme für die junge Braut und machte ihrem Entzücken Luft, als sie mit ihrem Gatten ins Palais Ramberg zurückgekehrt war.

„Dietl, du hast recht. Graf Rainers Braut ist noch viel schöner als Gräfin Gerlinde. Vielleicht nicht ganz so königlich. Dazu ist sie zu jung und zu beschiden, bei allem edlen Stolz. Aber entzückend ist sie mit ihren lieben, schönen Augen. Sie blickt einem ins Herz damit, daß man ganz warm wird. Und das Haar, Dietl — das Haar! Nein, so eine Pracht! Weißt du, das muß ich mir einmal ansehen, wenn es gelöst ist. So etwas wundervolles gibt es nicht noch mal. Wenn sie erst in Ramberg ist, falle ich mal zur Toilettenstunde bei ihr ein und sage es ihr unverhohlen, daß ich ihr offenes Haar bewundern will. So etwas Schönes lasse ich mir doch nicht entgehen. Wanz verlobt bin ich in dies prachtvolle Geschöpf.“

Die Baronin mußte erst einmal Atem holen.

fragten auf, unverzüglich Schritte zu unternehmen, daß diese Maßnahmen unterbleiben und unsere Brüder wieder auf freien Fuß gesetzt werden, damit die Früchte der Revolution nicht zunichte werden.“

Ganz Bayern für die Nationalversammlung.

München, 27. Nov. In der Münchener Presse regt sich entschieden Widerstand gegen das Austreten Bayerns aus der Berliner Reichskonferenz. Die „Münch. N. N.“ behaupten in vollem Gegensatz zu Wien, die bayerischen Frontsoldaten wie fast das gesamte bayerische Volk seien für sofortige Einberufung der Nationalversammlung.

Die schwarzen Hilsdörfer in der Pfalz.

Ludwigshafen, 27. Nov. Die Besetzung der westlichen Pfalz durch farbige Truppen hat in der Bevölkerung große Empörung und Entrüstung hervorgerufen.

Räumung vorzeitig besetzten Gebietes.

Ludwigshafen, 27. Nov. Das Oberkommando der Truppen in der Pfalz teilt mit: Nach Meldung der pfälzischen Besitztümer räumen die Ententetruppen die Ortshäuser an der Südgrenze der Pfalz, welche sie entgegen dem Wortlaut der Waffenstillstandsbedingungen vorzeitig besetzt haben. Anschließend erfolgt die Räumung auf Grund des Einspruches der Waffenstillstandskommission.

Trier von Amerikanern besetzt.

Trier, 27. Nov. Einer Abordnung des hiesigen AEM, die wegen der Besetzung Triers beim französischen Divisionskommandanten in Saarbrücken vorstach, wurde erklärt, daß die Besetzung Triers nicht durch Franzosen, sondern durch amerikanische Truppen erfolgen würde, die sich bereits auf dem Wege nach dort befinden.

Frankfurt a. M. wird nicht besetzt.

Frankfurt a. M., 27. Nov. Der Frankfurter AEM gibt folgendes Telegramm der Reichsleitung bekannt: Dort verbreitete Gerüchte, daß Franzosen Frankfurt besetzen, entbehren jeder Begründung. Verhandlungen schweben, daß Frankfurt mit Vororten reißlos der neutralen Zone einverleibt wird. Das Resultat dieser Besprechungen wird mitgeteilt, sowie es hier eingeht. Staatssekretär Trederger.

General Hoffmann und Prinz Leopold von Bayern interniert? Zürich, 27. Nov. Wie der Zürcher Anzeiger von italischer Seite vernimmt, ist der von den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk allgemein bekannte General v. Hoffmann in der Festung Rowno in Litauen vorläufig interniert worden. Erprinz Leopold von Bayern, der noch Anfang November in Kiew weilte, ist in einem Dorfe in der Nähe von Rowno interniert.

Arbeiterkundgebung gegen Clemenceau.

Genf, 27. Nov. In Paris entwickelte sich eine riesigen Kundgebung von Arbeitern. Anfänglich waren nur einige Tausend Arbeiter versammelt, aber sie erhielten ungeheuren Zulauf. Die unübersehbare Menge zog unter dem Gesang der Internationale durch die Straßen und rief Schmährufe gegen Clemenceau aus.

Wilson Europareise.

Genf, 27. Nov. Berichte aus Washington besagen, daß Präsident Wilson am 3. Dezember nach Europa abreisen wird. Sein Aufenthalt ist auf sechs Wochen berechnet.

Der Schrei nach den „Schuldigen“.

Basel, 27. Nov. Die in Versailles tagende Vorkommission zur Untersuchung der Schuldfrage am Kriege hat nach dem „Tempo“ beschloßen, der großen Entenkonferenz einen Antrag auf Auslieferung Wilhelms II. durch Holland zu unterbreiten. „L'Homme Libre“ veröffentlicht eine Liste der angeblich Schuldigen, deren Auslieferung verlangt werden müßte. Auf der Liste stehen Wilhelm II., der frühere deutsche Kronprinz, Erzpr. Capelle, General Hoffmann, Falkenhahn, Konrad v. Hörsing und zwanzig andere Namen. Hindenburg und Rupprecht von Bayern befinden sich nicht auf der Liste.

Romanones über die Zukunft Deutschlands.

Bern, 27. Nov. Der spanische Minister des Äußern Graf Romanones hat verschiedentlich geäußert, daß seiner Ansicht nach eine deutsche Bundesrepublik im Umfange des bisherigen Reiches nicht von Bestand bleiben könne, sondern in mehrere unabhängige Republiken zerfallen müsse.

Österreich-Ungarns Verluste.

Wien, 27. Nov. Eine parlamentarische Korrespondenz veröffentlicht auf Grund der amtlichen Verlautbarungen eine Zusammenstellung der Verluste im Kriege. Danach betragen die Gesamtverluste an Toten und Verwundeten bis zum Mai 1918 vier Millionen Mann. An Gefallenen werden genannt 800 000 Mann und etwa 17 000 Offiziere.

Die Wiener Christlich-Sozialen gehen zur Republik über.

Wien, 27. Nov. Die Christlich-Soziale Partei, die bisher noch monarchische Richtung aufrecht erhielt, hat sich nunmehr zur Republik bekannt.

„Na ja, Dissetchen, verschon' dich erst mal ein bisschen und mache es dir erst bequem, ehe du weiter schwärmst.“ sagte der Baron gemütlich lachend.

„Und wenn du zu dieser Haarparade gehst, kannst du mich mitnehmen.“

„Aber, Dietl, welche Idee!“

„Na, was denn, ich bin doch ein ungefährlicher alter Mann und sehe auch gern was Schönes.“ Graf Rainer würde sich ja nicht gleich auf krumme Säbel fordern, wenn ich mir das gelöste Haar seiner jungen Frau mal betrachte. Ober bist du eifersüchtig, Dissetchen?“

Die Baronin lachte.

„Da wäre es nun Zeit, Alter! Ich bin nicht eifersüchtig gewesen, als du noch ein ranker, schlanker Mensch warst. Jetzt verlerst ich meine Seelenruhe ganz gewiß nicht mehr. Der Kummerpeck, der deine Gestalt so mollig umgibt, genügt mir vollkommen als Jollierschicht zwischen dir und dem weiblichen Geschlecht.“

Der Baron lachte schallend auf.

„Das hast du prachtvoll gesagt, Dissetchen!“ Sie hob erschrocken die Hand.

„Aber, Dietl, lache doch nicht so laut! Dicht neben unseren Himmern befinden sich die der Gräfin Gerlinde, und du störst sie vielleicht beim Einschlafen.“

„Ach richtig, wir sind ja nicht daheim in Rittberg,“ versetzte der Baron mit gedämpfter Stimme.

Seine Gattin legte sich für den morgigen Tag ihr Festkleid zurecht und nahm aus einem Karton ein Paar wunderkinder eleganter Schuhe mit hohen Absätzen. Der Baron entdeckte sie, als er noch eine kleine Promenade durch das Zimmer machte, wie er es vor dem Schlafengehen stets zu tun pflegte.

„Et der Laufend, Dissetchen, das sind wohl die Festschuhe für morgen? Die reinen Lilliputs! Und natürlich kannst du dazu nur spinnwebfeine Strümpfe anziehen. Na, da wirst du morgen abend hunderte Müde sein und glücklich aufatmen, wenn du erst wieder heraus bist. Du bist doch unverbesserlich, Dissetchen!“

Aber bei diesen Worten balanzirte der Baron auf aierlichen Schuhen seiner Frau ganz andachtsvoll

Gesamtverluste der englischen Marine.

London, 27. Nov. Die Admiralität gibt bekannt, daß die Kriegsmarine während des Krieges 30 768 Offiziere und Mannschaften verloren hat. Darunter befinden sich 2478 Offiziere und 30 895 Mann an Land. Außerdem haben 14 661 Offiziere und Mannschaften der Handelsflotte ihr Leben eingebüßt.

Ein Ullertengeschwader unterwegs nach Sebastopol.

Paris, 27. Nov. Ein alliierter Geschwader von fünf Schlachtschiffen, zwei Kreuzern und neun Zerstörern unter dem Befehl des englischen Admirals Calhorne fuhr am 26. d. Mts. nach Sebastopol ab. Ein Kreuzer, zwei Zerstörer und ein Unterseeboot waren dem Geschwader vorausgeschickt.

Italienischer Passagierdampfer gesunken.

Agram, 27. Nov. Der italienische Dampfer „Rossarola“ ist auf dem Wege von Pola nach Fiume gesunken. Der größere Teil der Passagiere ist umgekommen.

Zeit- und Streitfragen.

Stimmen aus allen Parteien.

Die Schuld am Kriege.

Professor Hans Delbrück, der bekannte konservativ-friedensfreund, richtet an den Vorwärts eine Zuschrift, um deren Aufnahme er im Namen der Gerechtigkeit ersucht. Er beschäftigt sich mit dem von der gegenwärtigen bayerischen Regierung der Öffentlichkeit preisgegebenen Verdensfeldischen Bericht, und kommt zu dem Schluß:

Der ungeheure Irrtum der deutschen Regierung war, daß sie glaubte, Rußland werde sich die Demütigung Serbiens gefallen lassen, und der ungeheure Irrtum des deutschen Generalstabs war, daß er glaubte, die deutsche Armee werde in vier Wochen mit Frankreich fertig sein. Man mag über diese Irrtümer urteilen so streng und so hart, wie man will, auf keinen Fall aber haben sie etwas zu tun mit der Verschuldung, die deutsche Regierung habe den Krieg betrieben und angezettelt. Der Weltkrieg ist ausgegangen von dem panlawistisch-autokratischen Rußland, und wenn Deutschland Österreich zu energischem Vorgehen vorwärts getrieben hat, so hat es das getan in der Hoffnung, den Weltkrieg dadurch nicht zu entzünden, sondern zu vermeiden. Das konnte man schon aus den bisherigen Veröffentlichungen erkennen, und das wird durch die Veröffentlichungen des Grafen Verdensfeld lediglich bestätigt.

Aus dem Nachwort des Vorwärts seien hier folgende Sätze wiedergegeben:

... Die Meinungsverschiedenheiten über die Schuld der deutschen Regierung am Kriege erklären sich vielleicht daraus, daß diese Regierung als Ganzes etwas höchst Verschwommenes war, in dem die verschiedenen Strömungen durcheinander liefen.

Neben selbstbewußten Kriegstreibern, die den Sieg schon in der Tasche hatten, gab es Angstliche, die besorgt in die Zukunft blickten, und Weisliche, die meinten, nur durch die schärfste Form der kriegerischen Drohung könnte der Frieden noch gerettet werden. Inmitten dieses chaotischen Treibens stand ein Herrscher, der seine neuartigen Halblosigkeit hinter äußerer Strammheit und Scharfblickigkeit zu verbergen suchte. Ihm und seinem Weismann ging es schließlich wie dem Mann in Schillers Bürgschaft:

Da packt ihn die Angst, da fahrt er sich Mut

Und wirft sich hinein in die brausende Mut.

... Zugabe ist aber, daß die rücksichtslose Enthüllung des deutschen Anteils an der Kriegsschuld auch einen Nachteil hat, nämlich den, die Mitschuld der Kriegstreiber auf der andern Seite vergessen zu lassen. Die zwischen Agenten und Generale könnten am Ende noch vor der Weltgeschichte als weisgewaschene Unschuldengel erscheinen, und das hat die Weltgeschichte nicht verdient.

Der ehemalige Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg nimmt auch das Wort, indem er einem Vertreter der Deutschen Allg. Ztg. erklärte, es sei richtig, daß seine Regierung dem österreichischen Vorgehen gegen Serbien zugestimmt und die Erfüllung der deutschen Bündnispflicht ausdrücklich zugesagt habe. Allerdings habe man in Berlin den Wortlaut des Ultimatus nicht gekannt. Er, Bethmann Hollweg, sehe den Tag herbei, wo er dazu beitragen könne, vor einem unparteiischen Staatsgerichtshof der Wahrheit zum Siege zu verhelfen.

Gegen Mitglieder des Volksgesetzes.

richtet die Tägliche Rundschau einen scharfen Angriff, der Aufsehen erregen muß und sicherlich widerlegt werden wird. Das Blatt schreibt:

... Jeder einsichtige Beobachter erkennt ja ohne weiteres, wie heute bereits unser ganzes Verwehreswesen und unsere gesamte Ernährungspolitik erschüttert und zerrüttet ist durch die fortwährenden örtlichen Willkürakte der einzelnen AEM. Zur Bedrücktheit und Unfähigkeit kommt aber an allen Orten

auf seiner dreiten Hand und sah sie so strahlend an, daß man ihm anmerken konnte, wie stolz er auf die kleinen Füße seiner Gattin war.

Sie lachte ein wenig verlegen.

„Ach, laß doch, Dietl! Eine Schraube ist bei jedem Menschen locker. Die Stöckelschuh — das ist ja meine Schraube.“

Er funkelte die Schühchen ganz zärtlich an.

„Na, ja, Dissetchen, kannst ja deine Füßchen auch sehen lassen. Ist mir nur schälerhaft, wie du darauf durch das ganze Leben fast wandern können.“

Mit einem guten warmen Blick sah die Baronin zu ihrem Gatten hinüber.

„Hast mir ja immer die Hände untergebreitet, mein Dietl,“ sagte sie leise.

Er nickte ihr zu.

„Bist auch immer schön leise darüber hinweg getrippelt, damit es nicht wehe tat. Weißt du, Dissetchen, wenn mal eine Schönheitskonkurrenz für Füße ausgeschrieben wird, da bekommst du den ersten Preis, da kann keine Gräfin Gerlinde und keine andere Schönheit an dich heran.“

Sie lachte.

„Nun laß die Karretellen, Dietl; es wird nun Zeit, daß wir zu Bett gehen. Morgen ist ein anstrengender Tag für uns beiden alten Leute.“

„Na na, das Alter drückt uns doch nicht so arg, Dissetchen. Aber freilich, solche Feste sind wir nicht mehr gewöhnt, und in Rittberg gehen wir mit den Hühnern zu Bett.“

Als Josta am Morgen ihres Hochzeitstages erwachte, erhob sie sich mit einem Gefühl, als erwartete sie heute etwas Schweres, Bedrückendes. Nichts war in ihr von den glückseligen Gefühlen, die eine Braut am Hochzeitstage bewegen sollen. Trotzdem der Mann, dem sie heute angetraut werden sollte, ihr Lieb und teuer war, wie nichts anderes auf der Welt, bangte sie sich doch unsäglich vor der Stunde, da sie ihm angehören sollte, weil sie glaubte, er liebe sie nicht.

Wenn sie heute noch von dieser Verbindung hätte zurücktreten können ohne unliebsames Aufsehen zu erregen, so hätte sie es sicher getan.

und End
Es sei n
German
Nahrung
Eine Ro
öffentlic
lieben n
dieses W
aber es
Angaben
richtigen
den mit
Gelegen
Behaupt
Mitglied
gelder o
wird ve
Ramen
täglich
des AEM
Einzel
eine Be
und Be
unterbr

Nach
schaft
Tropfen
dieses

Obre
Ein
Die

ste lo
jekt im
Art, son
Die Sa
das Bo
der Ve
Monopa
-Ver

solchen
Nachteil
bringen
gang zur
Theoret
nämlich
nehmung
kapitali
der so
Aufbau
aber die
besonder
angeht.
Leuten
ihrem a
der bed
sozialde
wir —
lands

Bergwe
fünf ob
um viel
Staatsb
Entgel
möglic
größte
oder Ge
fide der
kleine
gilt vor
deren
würde,
Besigern
Es wür
die auf
Das da
hinaus

Im
Nachteil
das Bo
arbeit
können
Ebenso,
als abg
Staatsb

un
in ihre
mal
erleid
drückte
darauf
bar sie

Un
Nur we
O, Du
ein Jag
in Dein
Dich lie
scheinen
mir De
freie
recht er
so weit
bergen
Willen
mich sel
lassen,
gehört.
Blume,

Augen
und g
sein.
Du kan
an, daß
von De
vortaus
es leid
die Du
aber die
Du mi
ein
sterben
bewußt
Lippen
wie ein

un
in ihre
mal
erleid
drückte
darauf
bar sie

Un
Nur we
O, Du
ein Jag
in Dein
Dich lie
scheinen
mir De
freie
recht er
so weit
bergen
Willen
mich sel
lassen,
gehört.
Blume,

Augen
und g
sein.
Du kan
an, daß
von De
vortaus
es leid
die Du
aber die
Du mi
ein
sterben
bewußt
Lippen
wie ein

un
in ihre
mal
erleid
drückte
darauf
bar sie

un
in ihre
mal
erleid
drückte
darauf
bar sie

und Enden auch noch vielfache Unsauberkeit persönlicher Art. Es sei nur daran erinnert, daß z. B. aus Braunschweig d. r. Germania berichtet, wie dort die 20.000 Angehörigen des 1. r. Nahrungsmittel unter sich und ihre guten Freunde verteilten. Eine Korruptionsercheinung anderer Art ist die Verwendung öffentlicher Geldmittel, die allenfalls von den Räten geübt wird. Es ist unmöglich, die Mittelungen, die über dieses Unwesen gemacht werden, im einzelnen nachzuprüfen, aber es müßte im eigenen Interesse des RSM liegen, solche Angaben, falls er dazu imstande ist, beweiskräftig zu berücksichtigen. Nicht um sie uns anzueignen, sondern lediglich, um den mit ihrer eigenen Ehre daran interessierten Kreisen Gelegenheit zur Richtigstellung zu geben, seien einige dieser Behauptungen erwähnt. Es wird z. B. berichtet, daß die Mitglieder des Volksrates sich selbst jährliche Aufwandsgehälter von 20.000 Mark auf den Kopf bewilligt hätten. Es wird berichtet, daß Botsen, die unter dem hochtrabenden Namen „Kuriere“ für den Volksrat in Berlin umherlaufen, täglich 60 Mark erhalten; Kontostimmen, die in den Räumen des RSM ihre Zeit verstreuen, sollen 25 Mark pro Tag erhalten. Einzelne Mitglieder des Rates und Ausschüsse sollen dabei eine Vorkamerwirtschaft inszeniert haben, indem sie ihre Botsen und Betsen halbwegs in solchen angenehmen Botsen unterbrachten. . . .

Nicht unerwähnt darf bleiben, daß die L. R. vielfach als „nationalistisch“ bezeichnet wird, so daß ihre Gegnerschaft gegenüber der neuen Regierung verständlich ist. Trotzdem wird der Volksrat für schleunige Ausscheidung dieses dunklen Punktes sorgen müssen.

Bergesellschaftung.

Ihre Vorteile und Nachteile im Wirtschaftsleben

Ein Fachmann schreibt uns:

Die Bergesellschaftung der Produktionsmittel ist ein alte sozialdemokratische Forderung und steht demgemäß jetzt im Vordergrund der Erörterungen wirtschaftlichen Art, soweit diese über den nächsten Tag hinausgreifen. Die Sache selbst ist im übrigen ganz erheblich älter, als das Wort „Bergesellschaftung“ oder „Sozialisierung“ der Betriebe heißt nichts anderes, als Verstaatlichung und Monopolwirtschaft großen Stiles.

Vorher man sich aber mit den möglichen Folgen einer solchen Massenverstaatlichung befaßt, ist es angebracht, die Nachteile und die Vorteile zu untersuchen, die sie mit sich bringen könnte. Dazu ist es notwendig, auf den Übergang zurückzugreifen, auf dem die großen sozialdemokratischen Theoretiker zu ihren Forderungen kamen. Diese meinen nämlich, daß der größte Teil der wichtigsten Unternehmungen allmählich in die Hand ganz weniger Großkapitalisten gelangen werde, an deren Stelle sich dann der sozialistische Staat setzen könne, ohne im Aufbau der Volkswirtschaft viel zu ändern. So ist aber die Entwicklung kaum irgendwo verlaufen und besonders in Deutschland, das uns ja hier in erster Reihe angeht, wird zwar mancher Erwerbszweig von wenigen Leuten beherrscht, kaum irgendwo aber befindet er sich in ihrem alleinigen Besitze. Und hier zeigt sich bereits einer der bedeutendsten Nachteile einer Verstaatlichung nach sozialdemokratischen Gedankengängen. Wenn — sagen wir — fünf oder zehn Leute alle Bergwerke Deutschlands besäßen und der Staat erklärt jetzt alle Bergwerkverleihungen für verfallen, so werden diese fünf oder zehn Familien natürlich mit einem Schlag um viele Millionen ärmer, für die Gesamtheit aller Staatsbürger aber bedeutet eine solche entschädigungslose Enteignung zunächst keinerlei Veränderung ihres Vermögens und Einkommens. Tatsächlich aber wird der größte Teil der deutschen Bergwerke als Aktiengesellschaft oder Gewerkschaft betrieben und ihre Anteile sind im Besitze der weitesten Kreise. So und so viele mittlere, sogar kleine Kapitalisten besitzen Bergwerksteile (das gleiche gilt von Häuten und anderen Unternehmungen) und daß deren „Enteignung“ eine gewaltige Ungerechtigkeit bedeuten würde, ist klar. Wie aber will man andererseits den jetzigen Besitzern dieser Produktionszweige Abfindungen zahlen? Es würde sich dabei um viele Milliarden Mark handeln, die auf dem Wege von Anleihen ausgebracht werden müßten. Daß das im Augenblicke und wohl noch auf längere Zeit hinaus nicht möglich sein wird, liegt auf der Hand.

Im Frieden ist häufig noch ein anderer angeleglicher Nachteil großer Verstaatlichungen angeführt worden — das Wachsen der Zahl von Staatsangestellten und Staatsarbeitern, deren Abhängigkeit politisch ausgenutzt werden könne. Damit dürfte die Revolution ausgedünnt haben. Ebenso, wie diesen Einwand, kann man auch einen anderen als abgetan betrachten, die Behauptung nämlich, daß der Staatsbetrieb unwirtschaftlicher sei, als der Privatbetrieb.

und keinen Menschen hatte sie, zu dem sie sich in ihrer Angst hätte flüchten können.

In ihrer Herzensangst nahm sie noch einmal ihr Tagebuch aus ihrem Gepäc, um sich zu erleichtern. Auch Rainers Bild nahm sie mit heraus, drückte es an ihre Lippen, an ihr Herz, und sah lange darauf nieder. Wie sie ihn liebte — ach — wie unsagbar sie ihn liebte!

Und sie schrieb in ihr Tagebuch:

Am 10. Juli. — Heute ist mein Hochzeitstag. Nur wenige Stunden noch, und ich bin Rainers Frau. O, Du mein Geliebter, — wenn Du wüßtest, welch ein Jagen in meiner Seele ist! Wie würde ich jauchzend in Deine Arme eilen, wenn Du mich liebtest, wie ich Dich liebe! — Manchmal in diesen Wochen hat es mir scheinen wollen, als müßte es möglich sein, daß ich mir Deine Liebe erringe. Aber heute ist diese scheue, stille Hoffnung nicht in mir, und wenn ich noch einen freien Willen hätte, wenn ich tun könnte, was mir recht erscheint, dann müßte ich jetzt fliehen vor Dir, so weit mich meine Füße tragen und mich vor Dir bergen in Scham und Not. Aber ich habe keinen Willen mehr, und ich bin gebunden an Dich, durch mich selbst. Ich glaube, ich kann nicht mehr von Dir lassen, trotzdem ich weiß, daß Dein Herz einer Andern gehört. Fern von Dir müßte ich wellen wie eine Blume, der man die Nahrung entzieht. Und Deine Augen sind meine Sonnen. So lange sie mich lieb und gut anblicken, kann ich nicht ganz unglücklich sein. Zuweilen — gestern Abend zum Beispiel, als Du kamst — da bildeten sich Deine Augen so zärtlich an, daß ich mir brennend wünschte, ich wüßte nichts von Deiner Liebe zu einer Andern, damit ich mir vorläuschen könnte, Du liebtest mich. Aber ich weiß es leider, weiß, daß ich nur Deine kleine Josta bin, die Du wohl wert hältst, Gräfin Remberg zu werden, aber die Du nicht liebst. Ach, liebtest Du mich — nähmst Du mich in Deine starken Arme und küßtest mich — ein einziges Mal nur, daß mir die Sinne vergingen — sterben möchte ich dann in Deinen Armen mit dem Bewußtsein, von Dir geliebt zu werden! Aber Deine Lippen berühren die meinen so schein und sanft — wie ein Vater sein geliebtes Kind küßt. Da möchte

Das trifft in manchen Fällen zu, hat aber fast stets äußere Gründe und die preussisch-hessischen Staatsbahnen sind der beste Gegenbeweis.

Saweterer zu beantworten, als die Frage nach den Nachteilen, ist die nach den Vorteilen des Staatsbetriebes im großen. Einer allerdings ist unleugbar: jeder Staatsbetrieb liefert dem Staat eine Einnahmequelle — und so wie jetzt so viele solche brauchen, wie nur zu finden sind, so dürfte dieser Grund schließlich ausschlaggebend sein. Daß ferner ein Staatsmonopol Privatmonopolen stets vorzuziehen ist, wie sich ein solches z. B. im Spiritusgewerbe herausgebildet hatte, liegt auf der Hand.

Das sind natürlich nur die Vorteile, die sich im Augenblicke ergeben. Denn eine Überführung der wichtigsten Betriebe in den Staatsbesitz könnte tatsächlich der Allgemeinheit großen Nutzen bringen, nur würde sich dieser erst allmählich geltend machen. Ein Versicherungsmonopol würde dem Staat z. B. gestatten, die Feuerversicherung bei sehr kleinen Beiträgen allgemein einzuführen und so viele Familien des kleinen Mittel- und des Arbeiterstandes vor großen Nachteilen bewahren. Das Branntweinmonopol kann neben seinen sonstigen Vorteilen zu sittlichen Zwecken benutzt werden, indem man es zur Verabminderung des Schnapsgenusses heranzieht.

Die wichtigsten von allen aber wären wohl das Kohlen- und das Kraft (Elektrizitäts-) Monopol. deren Bedeutung für das Wirtschaftsleben des Landes könnten kaum überschätzt werden, denn es gibt kein Gewerbe, ja keinen etwas bedeutenden Handwerker, der nicht Kraft oder Kohlen für den Betrieb brauchte. Deren Geschichte und blühende Zuführung kann für die rasche Erholung des Wirtschaftslebens geradezu ausschlaggebend werden.

Aus Nah und Fern.

Herborn, den 29. November 1918.

* Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die für den 4. Dezember beabsichtigte Volkszählung nicht stattfindet, dagegen wird die für den gleichen Tag geplante Viehzählung abgehalten.

* (Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht.) Das Ministerium für Wissenschaft und Volksbildung verordnet: 1. Die geistliche Ortschulaufsicht in Preußen ist von heute ab aufgehoben. 2. Die bisherigen Inhaber bleiben so lange im Amt, bis ihre Befugnisse durch die Kreischulinspektionen übernommen sein werden. 3. Die Uebernahme ist unverzüglich in die Wege zu leiten und muß am 31. Dezember 1918 abgeschlossen sein. — Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

* (Warnung.) Das Oberkommando der 7. Armee schreibt uns: Immer noch kommt es vor, daß deutsche Landesbewohner Pferde, Vieh, Fahrzeuge und sonstige der Heeresverwaltung gehörige Gegenstände von Soldaten aller Formationen aufkaufen. Es wird erneut darauf hingewiesen, daß dies nach dem Gesetz für beide Teile strafbar ist. Truppen, die aus irgend welchen Gründen Sachen nicht weiter mitführen können, haben befehlsgemäß westlich des Rheins solche zu versteigern oder, wenn dies nach Zeit und Umständen unmöglich, die Gegenstände der Ortsbehörde gegen Bezahlung oder Empfangsbescheinigung zu übergeben, östlich des Rheins an die von der Militärbehörde zu bestimmenden Sammelstellen abzuliefern. Jedermann weiß, daß nicht dem einzelnen Soldaten, sondern dem Staat die vom ganzen Volke bezahlten Pferde, Ausrüstungsstücke und dergl. gehören. Bei Zuwiderhandlung würde sich daher der ungesegnete Käufer der Hehlerei schuldig machen und der Strafe verfallen. Bei den nicht ausbleibenden Nachforschungen würden die Gegenstände — natürlich ohne Erstattung des seinerzeitigen Kaufpreises — eingezogen werden. Sollten Heeresangehörige gezwungen sein, marschunfähige Pferde und Vieh irgendwo zurückzulassen, so wolle derjenige, der hiervon Kenntnis bekommt, in Ausübung der staatsbürgerlichen Pflicht der nächsten Ortsbehörde davon Mitteilung machen. Der wirtschaftliche Wiederaufbau Deutschlands erfordert ungeheure Leistungen. Nichts darf unkommen, nichts veräußert werden.

* (Vorsicht bei Einquartierung.) Eine ärztliche Untersuchung der Heeresangehörigen und Ausstellung eines Gesundheitsattestates kann erst bei der Entlassung erfolgen. Deshalb gilt auch die Vorschrift, daß Heeresangehörige nur dann in Bürgerquartieren untergebracht werden dürfen, wenn sie im Besitze eines solchen Attestates sind, lediglich für entlassene Heeresangehörige. Bei Einquartierung mobiler Truppen läßt sich die Untersuchung leider nicht durchführen und kann daher auch keine Gesundheitsbescheinigung gefordert werden. Umso mehr gilt es für die Haushaltungsvorstände auf der Hut zu sein, um Ansteckungen zu verhüten. Reinigung

ich jedesmal ausschreien in meiner Herzensnot, möchte mich an Dich klammern und Dich bitten — ach nein — das ist Unsinn. Selbst in Gedanken bin ich zu stolz, solch eine Bitte in Worte zu fassen. Gottlob, daß Du nicht ahnst, was ich empfinde. Du sollst es nie erfahren, so lange ich lebe. Um Liebe betteln — nein, das kann ich nicht und will es nicht. Es wäre ja auch zwecklos. Liebe läßt sich nicht erzwingen, nicht erbetteln. Also bescheide Dich, mein armes Herz, und lerne es, ruhig und gleichmäßig zu schlagen. Scheine weiter kühl und ruhig. Verberg dein tiefstes, heiligstes Empfinden, als sei es eine Sünde. Wappne dich mit all deinem Stolz. Wir Frauen sind nun einmal verdammt, unser Fühlen und Denken scheu vor den Augen der Welt zu verbergen, dann am meisten, wenn in uns die Sehnsucht weint.

Und nun ist es Zeit, das Brautkleid anzulegen — für andere das Zeichen höchsten Glücks, für mich das der Resignation. Gib mir Kraft, Vater im Himmel, stark und ruhig zu sein. — — —

Erzugend legte Josta die Feder fort und klappte das Buch zu. Mit dem Bilde zusammen barg sie es wieder sorgsam in ihrem Reisgepäck und nahm den Schlüssel dazu an sich.

Dann klingelte sie ihrer Joste.

Diese erschien sofort, sie hatte schon auf den Ruf erwartet.

(Fortsetzung folgt.)

der Abortsche nach jeder Benutzung durch Fremde ist dringend zu empfehlen, um namentlich die Uebertragung von Geschlechtskrankheiten zu vermeiden. Vor allem aber ergeht an die weibliche Bevölkerung der Ruf: Seid vorsichtig, erhaltet euch euer höchstes Gut, eure Gesundheit, für euch, für eure Familie und für eure Nachkommen. Sammeroll ist euer Leben, wenn ihr euch versuchen laßt.

* (Nur keine Kleinstaaterei.) Die langen Jahre der Zugehörigkeit der Rheinlande, Westfalens, Kurhessens, Hannovers, Nassaus, Schlesiens zu Preußen hat die Interessen dieser Stämme in wirtschaftlicher und industrieller Beziehung zusammengeschweißt. Man denke sich Preußen in die oben angeführten Republiken aufgelöst. Ganz abgesehen von dem Wichtigsten, der politischen Ohnmacht dem Auslande gegenüber, benötigten alle diese Republiken ein Beamtensystem. Außerdem stelle man sich das Verkehrswesen vor. Jede dieser neuen Republiken hätte ihre eigene Post, eigene Bahnverwaltung. Erstens würde dieses zu Verkehrsverzögerungen aller Art führen und dann wären für die Bevölkerung wegen der Neuerrichtungen bedeutend erhöhte Abgaben an Steuern notwendig, was aber alles bei der Bildung einer großen deutschen Republik hinwegfällt. In politischer Hinsicht würden wir ein Spielball der feindlichen Großmächte und nichts könnte den Franzosen, Polen und Russen angenehmer sein, als die Zerstückelung des deutschen Volkes. Wir müssen vor allem einen klaren Kopf behalten und dürfen uns nicht von altmodischer, heftiger oder sonstiger Stammesimpulse leiten lassen. Die nächste Aufgabe aller Vaterlandsfreunde muß die Durchdringung der Einberufung einer Nationalversammlung sein, sobald die Fronttruppen in der Heimat sind. Sollten sich jedoch die Anzeichen einer Hinwegführung der jetzigen Regierung (gemeint sind die Unabhängigen und Spartakusse) über den genannten Volkswillen mehrten und zur Wahrscheinlichkeit werden, dann kein Zögern. Berlin ist nicht Deutschland. Aber keine Zerstückelung unseres Vaterlandes. Gründen wir ein freies demokratisches Reich ohne Berlin oder Brandenburg. Alles in Allem: „Keine Auflösung Deutschlands in Einzelrepubliken. Wir müssen, um im Völkerbund etwas zu gelten, eine große Volksmacht bleiben, zusammengefaßt unter dem Vorhinein eines gewählten Präsidenten. Nur keine Kleinstaaterei!“

* (Die Sparmassregeln bei der Kohlenversorgung bleiben bestehen.) Beim Reichskohlenkommissar fand vor einigen Tagen eine Besprechung mit Vertretern der Presse statt, in der die Ausichten der Kohlenversorgung eingehend besprochen wurden. Ueber den Stand der Dinge gab der Reichskohlenkommissar folgende Erklärung ab: Die Meinung, daß mit dem Friedensschluß infolge Abbaues der Rüstungsindustrie sogleich reichlich Kohlen zur Verfügung stehen und eine behördliche Regelung der Kohlenverteilung entbehrlich sein werde, ist irrig. In nächster Zeit werden durch die Demobilisierungstransporte und durch die im Waffenstillstandsvertrage ausbedungene Abgabe von Eisenmaterial die Kohlenbeförderung und Kohlenverbringung auf das äußerste erschwert. Nur bei größter Sparsamkeit im Verbrauch von Kohlen, Gas, Elektrizität und genauer Innehaltung der Bezugs- und Verbrauchsvorschriften kann eine geordnete Kohlenwirtschaft gewährleistet werden. Die neue Regierung hat daher den Reichskohlenkommissar und seine Organisation bestätigt. Die Organe des Reichskohlenkommissars sind, wie bisher, die für die einzelnen Kohlenverwaltungsgebiete eingerichteten amtlichen Verteilungsstellen, die Kriegsamtsstellen, für die Unterverteilung des Hausbrandes die Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern und im übrigen die Kommunalverbände. Anderen Stellen ist ein Eingreifen in die Kohlenverteilung untersagt.

Braunsfels. Anfang Dezember wird das erste Ersatzbataillon des 80. Inf.-Regts. (Wiesbaden) auf längere Zeit hier selbst Quartier beziehen. Die Verpflegung der Soldaten erfolgt durch die Truppenteile selbst. Zu diesem Zwecke werden hier Verpflegungsmagazine errichtet. Bis zu deren Errichtung wird die Verpflegung von Siegen geliefert, von wo sie durch hiesige Fuhrwerke abgeholt wird. Das Brot wird von hiesigen Bäckern gebacken.

Hadamar. Die Räume des Gymnasiums wurden von heimkehrenden Soldaten belegt. Der Unterricht wird bis auf weiteres ausgesetzt.

Limburg. Der bereits entlassene Landsturmmann Michael Ries aus Köln-Longerich geriet in der Dunkelheit in die Lahn und ertrank.

Marburg. (Schweinemarkt.) Der am Donnerstag hier abgehaltene sog. „fette Markt“ brachte bei nur 86 Stück Auftrieb etwas höhere Preise. Kleine Ferkel kosteten 40—70 Mark, größere 100—150 Mk. das Paar. Handel flott.

Idstein. Zu der Mitteilung von der Beschlagnahme größerer Lebensmittelvorräte bei dem Sanitätsrat Dr. Klein durch den hiesigen A- und S.-Rat teilt Dr. Spengler, dem die Waren abgenommen wurden, mit, daß der A- und S.-Rat die Vorräte zu Unrecht beschlagnahmt habe. Die Lebensmittel seien rechtmäßig in Belgien erworben und sollten den Offizieren und Mannschaften der Kriegsnachrichtenstelle Antwerpen, der Dr. Spengler angehört, zum Gebrauch dienen, um die Heimatvorräte zu entlasten. Sie waren vom A- und S.-Rat in Lachen gepreßt und sollten nach Frankfurt a. M. verbracht werden, von wo aus sie dem neuen Sitz der Nachrichtenstelle zugeführt werden sollten.

Frankfurt a. M. Die Notizen über „Einführung der Einheitschule“ vom 1. April 1919 ab treffen, wie die Städtische Nachrichtenstelle schreibt, nicht zu, vielmehr kommt zunächst nur ein allmählicher Abbau der Vorschulen von Ostern 1919 ab in Frage, während im übrigen das vor kurzem beschlossene Programm für die Neugestaltung des Volksschulwesens durchgeführt wird.

Düsseldorf, 28. Nov. Zu größeren Unruhen kam es im Laufe des gestrigen Nachmittags und Abends in Düsseldorf. Gegen 2 Uhr rückte das Reserve-Regi-

ment Nr. 39 in Düsseldorf ein. Schon beim Passieren der Rheinbrücke geriet ein dort aufgestellter Posten des A- und S-Rates in Auseinandersetzungen mit einem Offizier des Regiments, in dessen Verlauf der Offizier, ein Hauptmann, den Posten erschoss. Nach einer Darstellung soll der Posten das Regiment aufgefordert haben, die Waffen abzulegen. Nach einer anderen Lesart hat der Offizier den Posten veranlassen wollen, das rote Abzeichen abzulegen. Jedenfalls scheint bei den Truppen eine starke Mißstimmung gegen den A- und S-Rat bestanden zu haben, die durch den Vorfall an der Brücke noch gesteigert wurde. Das Regiment zog dann nach der Kaserne in der Lannenstraße, wo die Wache gestürmt wurde. Hierbei sind zwei Soldaten verwundet worden. Bei Anbruch der Dunkelheit zog dann eine große Abteilung des Regiments zum Marktplatz, um vom Rathaus die rote Fahne herunterzuholen. Dort hatten sich inzwischen Angehörige des Freiwilligen-Regts. eingefunden. Es wurden einige Schüsse geschossen, die jedoch keine Opfer forderten. Die Menge konnte zerstreut werden. Mannschaften des Freiwilligen-Regiments patrouillierten noch lange auf den Straßen und verhinderten mühselos Ansammlungen. An einzelnen Stellen wurden Maschinengewehre aufgestellt, die jedoch bald zurückgezogen wurden. Gegen 7 Uhr war die Ruhe wieder ganz hergestellt. (Frkf. Ztg.)

Ludwigshafen. Nach einer joesben erlassenen Bekanntmachung der hiesigen Eisenbahndirektion besteht die Entente auf Erfüllung der in den Waffenstillstandsbedingungen enthaltenen Forderung, daß das deutsche Eisenbahnpersonal in Frankreich und Belgien, auch nachdem die deutschen Besatzungen abgerückt sind, wieder auf seinen Posten zurückkehrt. Die Entente sichert persönlichen Schutz, gute Behandlung und ausreichende Verpflegung zu. Der Anzug der Anzustellenden soll nicht feldgrau sein. Das Personal soll die blaue Heimatuniform oder Zivil mit Dienstmütze tragen.

Berlin. Wie eine hiesige Korrespondenz mitteilt, ist die gesamte Wäsche des Kaisers und der Kaiserin mit der Garderobe aus dem Schloß verschwand. Die Spighuben haben nur die Staatsgarderoben der Kaiserin in zerrissenem Zustand zurückgelassen. Auch Kostbarkeiten und historische Gegenstände sind nicht aufzufinden. Sie sollen ebenfalls gestohlen sein. Das Silberzeug und die Weinvorräte konnten in Sicherheit gebracht werden.

Arbeiten und Zusammenarbeiten. Allenthalben im Lande macht sich in diesen Tagen ein Sinken des Arbeitseifers, ein Rückgang der Arbeitsleistung bemerkbar. Das ist begreiflich, aber es darf nicht sein. Wir dürfen nicht weniger arbeiten als früher, denn wir haben weit mehr zu leisten — rasch zu leisten. Die Wirtschaft, das heißt die Versorgung des Volkes mit dem, was es zum Leben dringend braucht, aufrechtzuerhalten, umzustellen, teilweise neu aufzubauen, wir haben all' die Arbeit zu tun, die die Durchführung der erdrückenden feindlichen Waffenstillstandsbedingungen uns auferlegt, wir haben dafür zu sorgen, daß die Millionen fast auf einmal heimkehrenden Kleiner Untertun, Wärme, Licht, Kleidung, Nahrung, produktive Arbeit finden. Seigen wir uns diesen Anforderungen nicht gemacht, dann gehen wir zugrunde. Aber nicht nur arbeiten müssen wir, sondern planvoll, einheitlich, diszipliniert zusammenarbeiten. Jeder Arbeiter, jeder örtliche Betrieb ist ein Nädchen an der Maschine unserer Wirtschaft. Wer ein Nädchen abstellt oder in Unordnung bringt, trägt die Verantwortung, wenn ein Teil, wenn schließlich die ganze Maschine ins Stocken gerät. Der gute Wille, der sehr oft bei dem einzelnen Sonderingriffe maßgebend sein mag, nützt nichts, wenn das Ganze durch ihn unheilbaren Schaden leidet. Jeder Arbeiterrat, ja jeder einzelne Arbeiter muß heute wissen, daß er durch sein Handeln oder Unterlassen mit der Verantwortung trägt für Erhaltung oder Ruin der Volksgemeinschaft. Jeder darf nur das tun, und muß das tun, was allen seinen Arbeitsgenossen und Volksgenossen über diese unendlich schwere Zeit hinweghilft. Undisziplinierte Eigenmächtigkeit und Eigenbrödelerei ist der Ruin; Zusammenarbeit ist die Rettung.

Zur Regelung der Kohlenwirtschaft ergibt folgender Aufruf, von den Volksbeauftragten Ebert und Haase unterzeichnet: Die Kohlenwirtschaft ist ebenso wichtig und gefährdet wie die Lebensmittelwirtschaft. Die Kohlennot wird trotz Abstellung der Kriegswirtschaft unverändert groß bleiben, schon wegen der Verkehrsschwierigkeiten. Die Aufrechterhaltung der Kohlenwirtschaft ist abhängig von dem geordneten Weiterarbeiten der Organisation. Die örtlichen Organe sind: für den Hausbrand die Städte und Kommunalverbände, für Gas, Wasser, Elektrizität und die Kohlenversorgung der Fabriken die Kohlenabteilungen und Elektrizitätsabteilungen bei den bisherigen Kriegsamtsstellen. Diese sind bereits angewiesen nach Gesichtspunkten der Friedenswirtschaft zu arbeiten. Die Arbeiter- und Soldatenräte, überhaupt alle durch den Übergang der Regierungsgewalt in die Hände des Volkes entstandenen politischen Organe werden aufgefordert, in die bestehende Organisation der Kohlenwirtschaft nicht einzugreifen, sondern deren etwa erforderliche Umgestaltung der zentralen Volksregierung zu überlassen. Nur so kann das schwerste Unheil von dem Volke und dem zurückkehrenden Heere abgewendet werden.

Neun-Uhr-Lokalabschluss in Berlin. Das Ministerium des Innern hat angeordnet, daß die öffentlichen Lokale in Berlin um 9 Uhr abends zu schließen sind. Diese Maßnahme ist nicht unmittelbar auf die Kohlennot zurückzuführen, vielmehr sollen Unzuträglichkeiten vermieden werden, die infolge der zu erwartenden Überfüllung Berlins eintreten könnten. Entscheidend für den frühen Lokalabschluss war u. a. die Knappheit an Lebensmitteln. Die offiziellen Stellen nehmen an, daß durch früheren Lokalabschluss weniger verzehrt werden wird. Gleichzeitig tritt ein Alkoholverbot in Kraft; jedoch wird der Ausschank von Bier gestattet sein. Wie wir ferner hören, soll diese an den Volkstagspräsidenten gerichtete Anweisung für alle größeren Städte Geltung haben.

Ein Radikalmittel, das an die mittelalterliche Folter erinnert, wendete Leutnant Gerlach vom Nationalen A-S-R an, um die Räubersführer einer aus Einwohnern des Städtchens Lubom (bei Ratibor) bestehenden Räuberbande zu ermitteln. Unter Führung des Leutnants begab sich ein Trupp Soldaten nach Lubom. Man lief eine Volksversammlung auf den Kirchplatz und postierte an der einen Stelle ein Maschinengewehr, an einer anderen eine Ab-

teilung bewaffneter Soldaten. Hierauf hielt Leutnant Gerlach an die Versammlung eine Ansprache und forderte zuletzt die Bewohner Luboms auf, unverzüglich die Namen der Räubersführer der Banden zu nennen. Leider hatte diese Aufforderung keinen Erfolg, so daß sich der Leutnant genötigt sah, zu dem äußersten Mittel zu greifen. Er ließ sofort wahllos 10 Leute aus der Versammlung herausgreifen und an die nächste Mauer stellen. Eine Abteilung Soldaten trat vor und nun verkündete Leutnant Gerlach, daß die 10 Mann ohne Erbarmen erschossen werden, falls nicht sofort die Namen der Räubersführer genannt werden. Aber selbst jetzt blieben die Leute verstockt, offenbar hatten sie noch immer nicht den Ernst der Lage erfasst. Erst als das Kommando: „Legt an!“ ertönte, wurden ihm die Namen der Hauptbanditen genannt. Sofort verteilten sich die Soldaten im Dorfe, und es gelang, drei Räubersführer zu verhaften. Sie wurden dem Gerichtsgefängnis zugeführt. Zwei weitere wurden später in Bogrzebin und Breslau ermittelt; der eine der Banditen ist inzwischen in Breslau erschossen worden.

Zahlreiche gefälschte Binscheine von Kriegsanleihen sind im Umlauf. Die Täter hatten zunächst echte Binscheine durch Vordruck einer Zahl gefälscht, indem sie z. B. aus einem Binschein über 2,50 Mark durch Vordruck einer 1 einen solchen über 12,50 Mark machten. Neuerdings bringen sie jedoch Binscheine in Verkehr, die von ihnen ganz neu angefertigt sind. Trotz der mangelhaften Nachahmung ist es ihnen gelungen, eine größere Zahl dieser gefälschten Scheine abzusetzen. Es handelt sich um Binscheine über 12,50 Mark der Serie 5 446 827, Lit. D, zahlbar am 2. 1. 19. Während die echten Scheine blaugrün, sehen die Fälschungen dunkelgrün aus. Vor Annahme der gefälschten Binscheine sei gewarnt.

Die Kruppischen Beamten gegen Verstaatlichung. In einer Versammlung der Kruppischen Beamten sprach sich der Hauptredner gegen eine Verstaatlichung der Kruppischen Werke aus, weil dadurch die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt vernichtet werden würde. In einer Entschließung wurde die Firma Krupp um Neuwahl der Beamtenschaft auf breiter Grundlage und um Einführung von 40-Stunden-Arbeit in der Woche ersucht.

In der Mafke eines Sicherheitsbeamten hat der aus dem Knutshaus entwichene Klempnergeselle Lang so erfolgreiche Raub- und Erpresserzüge unternommen, daß er in den wenigen Tagen seit dem Ausbruch der Revolution ein nicht unbedeutendes Vermögen zusammenbrachte. Als er am Sonntag von Kriminalbeamten bei einer Streife durch die Verbrecherlokale Berlins verhaftet wurde, fand man bei ihm noch 88 000 Kronen österreichischen Geldes und 5000 Mark. Wie festgestellt wurde, hat Lang, mit einer der weißen Armbinden des Sicherheitsdienstes versehen, zuerst in Dresden, dann in Berlin in Juwelierläden, Kleidergeschäften usw. Waren beschlagnahmt, die er für eigene Rechnung verkaufte.

Der Handreich gegen das Polizeipräsidium. Die Kommandantur Berlin teilt mit: Von dem durch den Handreich gegen das Polizeipräsidium und das Militärergewahrsam der Stadtvogtei befreiten Gefangenen befanden sich vier nicht auf Anordnung der Kommandantur in Gewahrsam. Die übrigen 45 waren Diebe, Wünderer und Erpresser. Damit erweist sich die völlige Haltlosigkeit der Behauptung, daß es sich bei dem Handreich um Bestreitung von „Opfern“ der Kommandantur handelte.

Siebenfacher Mord. Aus Passau wird berichtet: In Kefermarkt drangen vier Männer, von denen zwei Militär- und zwei Zivilkleider trugen, in das Anwesen der 48 Jahre alten Bäuerin Bunsenboser ein und ermordeten die Bäuerin und ihre beiden Söhne und vier Töchter. Die Mörder sprachen deutsch und tschechisch. Ein 11 Jahre alter Sohn trock unter ein Bett und entkam so den Mördern.

Durch Feuer zerstört wurde das Post- und Postgebäude des Hauptbahnhofes Thorn. Tausende von Paketen, die dort wegen der Postsperrre mit Rußland lagerten, wurden vernichtet. Der Schaden beläuft sich auf mehrere Millionen Mark.

Lebensmittelmarken für die ehemalige kaiserliche Familie. Der Potsdamer Soldatenrat hat angeordnet, daß die Kaiserin und die Familien der Prinzen der Ratifizierung der Lebensmittel unterworfen werden. Die Bezugsscheine für Lebensmittel sind ihnen bereits zugestellt. Bisher waren die Mitglieder des Herrscherhauses von jeder Beschränkung hinsichtlich der Lebensmittel befreit.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Beck.

Bank für Handel und Industrie.

(Darmstädter Bank.) Agentur Herborn.

Fernruf Nr. 45. Herborn. Dillstrasse.

Reichsbank-Giro-Konto. Postscheck-Konto Frankfurt a. M. Nr. 7765

Aktienkapital und Reserven: 192 Millionen Mark.

Die BANK FÜR HANDEL & INDUSTRIE, Agentur Herborn, empfiehlt sich zur Ausführung aller bankmässigen Geschäfte wie: An- und Verkauf von Wertpapieren, Geldsorten u. s. w., Diskont-, Scheck- und Konto-Korrent-Verkehr.

Aufbewahrung und vollständige Verwaltung von Wertpapieren und Wertgegenständen aller Art.

Vermietung von eisernen Schrankfächern. Annahme von Bar-Depositen gegen Ausstellung von Einlagebüchern.

Die Bank für Handel & Industrie ist „laut Bekanntmachung der Grossherzoglich-Hessischen Regierung vom 17. August 1900“ in Hessen zur Annahme von Mündelgeldern geeignet.

Holzsubmissionsverkauf.

Stadtwald Herborn, Dillkreis.

Im Wege des schriftlichen Angebots sollen aus dem Einschlag 1918/19 verkauft werden etwa:

50 Ffm. Kiefernstämme von 25-30 cm Durchm.

27 " " " über 30 " "

Gute Abfuhr nach Bahnhof Herborn. — Angebote mit Aufschrift „Holzverkauf“ bis 15. Dezember an den Magistrat Herborn, von wo auch die Bedingungen zu beziehen sind.

Herborn, den 27. November 1918.

Der Magistrat: Birkenbahl.

Zum Zwecke der

Wahl eines Bürgerrats

werden die Bürger Herborns zu einer am Samstag, den 30. November 1918, abends 8 1/2 Uhr im Saale des „Nassauer Hof“ stattfindenden

grossen Versammlung

dringend eingeladen.

Der Bürgerausschuß:

D. Hauken, Professor. L. Schumann jr., Metzgermeister. W. Heckenroth, Schreinermeister. Th. Arnold, Lehrer. A. Prenzel, Architekt. A. Mayer, Amtsgerichtsekretär.

Nur für Wiederverkäufer!

Lagerbesuch in:

Glas, Porzellan, Kurz-, Spiel-, Emaille-, Blech- und Korbwaren, Leiterwagen, Kerzen, Putztücher, Zwirn gegen Bezugsschein zum bevorstehenden Weihnachtsfeste lohnend.

Albert Rosenthal, Nassau a. d. Lahn.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Heimgange meiner lieben Frau sagen wir allen innigen Dank. Besonders danken wir dem Herrn Pfarrer Weber für die trostreichen Worte am Grabe, dem Kriegerverein und allen denen, die sie zur letzten Ruhe geleiteten.

Herborn, den 20. November 1918.

Familie Georg Hübschmann.

Vanillezucker Ia., Kirschhornsalz, Backpulver, Bunten Strenzucker

empfehlen

Drogerie A. Doeinck.

Entlassener

Kriegsteilnehmer, Sergt. bei einer Fernsprech-Abteilung, gute Allgemeinkenntnisse, Schriftgewandt, sucht Beschäftigung.

Best. Angebote unter W. 5. 2024 a. d. Geschäftsstelle ds. Bl.

Medizinische Baseline

empfehlen

Drogerie A. Doeinck.

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag, 1. Dezember (1. Advent).

10 Uhr: Hr. Pfr. Weber

Lieder: 35, 46

Koll. f. d. Erziehungsverein.

1 Uhr: Kindergottesdienst

5 Uhr in der Aula: Hr.

Dekan D. Hauken. Vortrag: „Die Bibel und die Wahrheit“.

Burg:

1 Uhr: Kindergottesdienst

Ukersdorf:

2 1/2 Uhr: Hr. Pfr. Conradi

Koll. f. d. Erziehungsverein.

Sirshberg:

1 1/2 Uhr Hr. Pfr. Weber

Koll. f. d. Erziehungsverein.

Tausen und Trauungen: Hr. Pfarrer Weber

Mittwoch abends 8 1/2 Uhr: Jünglingsverein i. Vereins-

Donnerstag abds. 1/2 9 Uhr: Aula